

MENSCHENHANDEL

Länderberichte zu Menschenhandel

Bundesrepublik Deutschland

Deutschland ist ein Transit- und Zielland für Menschenhandel mit Frauen zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion und Zentraleuropas (vor allem Belarus, der Ukraine, Litauen, Polen und Russland). Die Zahl der Opfer aus Afrika und Asien, vor allem aus Nigeria und Thailand, ist geringer. Statistiken aus dem Jahr 2002 zufolge ist ein beträchtlicher Anstieg der Zahl der Opfer aus Bulgarien zu verzeichnen.

Die deutsche Bundesregierung erfüllt die Mindestnormen für die Abschaffung des Menschenhandels uneingeschränkt. Im Bereich der Prävention führte die Bundesregierung im Jahr 2003 ein neues Programm zur Finanzierung von Entwicklungsprojekten im Ausland zur Bekämpfung des Menschenhandels mit Frauen ein. Die deutschen Behörden verurteilten zahlreiche Menschenhändler, obwohl die Regierung Änderungen des Strafrechts im Einklang mit den Richtlinien der Europäischen Union (EU) in Erwägung ziehen sollte, die härtere Strafen für verurteilte Menschenhändler zur Folge hätten.

Strafverfolgung

Das deutsche Strafgesetzbuch enthält Bestimmungen, die den Handel mit Menschen zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung ausdrücklich verbieten. Menschenhandel zum Zwecke der Zwangsarbeit wird im Rahmen von Straftaten gegen die persönliche Freiheit strafrechtlich verfolgt. Die Strafe für Menschenhandel zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung entspricht den Strafen für andere schwere Verbrechen, darunter sexueller Zwang/Vergewaltigung, Entführung, Freiheitsberaubung und Straftaten gegen die persönliche Freiheit. Die deutschen Behörden ermitteln aktiv in Fällen von Menschenhandel und setzen das gesamte Spektrum investigativer Techniken ein, darunter das Abhören von Telefongesprächen, elektronische Überwachung, verdeckte Ermittlungen und mildere Strafen für kooperationsbereite Verdächtige. Das Bundeskriminalamt verfügt

über ein spezielles Team zur Bekämpfung von Menschenhandel, das die Zusammenarbeit bei der internationalen Strafverfolgung fördert, ein zweiwöchiges Seminar zu Menschenhandel für Polizisten und Grenzschutzbeamte anbietet und einen jährlichen Bericht über Menschenhandel veröffentlicht. Die letzten verfügbaren Statistiken zur Strafverfolgung aus dem Jahr 2002 belegen 289 Ermittlungen vor der Hauptverhandlung im Bereich des Menschenhandels zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung und 159 Verurteilungen (verglichen mit 148 Verurteilungen im Jahr 2001). Obwohl die Regierung berichtete, dass 151 Angeklagte zu Gefängnisstrafen von einem Monat bis zu zehn Jahren verurteilt wurden, erhielten 87 Angeklagte Bewährungsstrafen. Deutsche Gerichte setzten Strafen von bis zu zwei Jahren für die meisten Straftaten gewöhnlich zur Bewährung aus, insbesondere für Ersttäter und in Ermangelung anderer erschwerender Umstände; die Täter unterliegen jedoch strengen Bewährungsauflagen. Es gab keine offiziellen Beweise für eine Verstrickung der Regierung in Menschenhandel oder die Duldung von Menschenhandel durch die Regierung, obwohl kürzlich ein Verfahren gegen ukrainische Menschenhändler ernste Fragen über die Ausstellung von Touristenvisa durch die deutsche Bundesregierung in Osteuropa von 2000 bis 2003 aufwarf.

Schutzprogramme

Deutschland verfügt über ein breites Spektrum von Schutzprogrammen für Opfer, darunter eine vierwöchige "Bedenkzeit". Wenn Opfer gegen ihre Menschenhändler aussagen, wird die Abschiebung vorübergehend ausgesetzt, und den Opfern wird "vorübergehende Duldung" gewährt. Mit diesem Status können die Opfer befristete Arbeitsgenehmigungen für die Dauer des Verfahrens erhalten, und Opfer mit Verletzungen aufgrund von Gewalt können Entschädigung gemäß dem Opferentschädigungsgesetz erhalten. Die Polizei schickt die Opfer von Menschenhandel zu 25 vorwiegend staatlich finanzierten Beratungszentren und 12 Nichtregierungsorganisationen. Sie bieten den Opfern von Menschenhandel Hilfe, Rat und Schutz. Aufgrund fehlender Mittel wurden im Jahr 2003 vier Frauenberatungszentren in Hessen geschlossen. Jüngsten Statistiken zufolge wurde ab 2002 104 Frauen "vorübergehende Duldung" gewährt, und 35 blieben im Zeugenschutzprogramm. Sobald die Opfer nicht mehr als Zeugen benötigt werden, müssen sie in ihre Heimat zurückgeführt werden, es sei denn, es besteht der

Verdacht einer gegenwärtigen Gefahr für das Opfer gemäß dem Ausländergesetz. Die Regierung finanzierte die Grundkosten für die Rückführung von Opfern in ihre Heimat weiterhin durch die Internationale Organisation für Migration.

Prävention

Die deutsche Bundesregierung konzentriert sich weiterhin darauf, potenzielle Opfer von Menschenhandel zu erreichen, bevor sie ins Land kommen. Im Jahr 2003 nahm das Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung die Finanzierung von Projekten zur Bekämpfung des Menschenhandels auf. Die Projekte wurden durch eine im Besitz der Bundesregierung befindliche Gesellschaft entwickelt und durchgeführt und beinhalteten Informationskampagnen mit Broschüren und Postern in mehreren osteuropäischen Ländern. Aufklärungsseminare wurden mit Polizeibeamten aus den Herkunftsländern durchgeführt. Weitere Aufklärungskampagnen beinhalteten Konferenzen über das Problem des Sextourismus und Publikationen über Sextourismus von staatlich finanzierten Denkfabriken. Darüber hinaus haben sich Deutschland und die Tschechische Republik, die ein Hauptzielland für deutsche Sextouristen ist, in einer mit hochrangigen Regierungsvertretern besetzten Arbeitsgruppe zur Bekämpfung von Menschenhandel zusammengeschlossen. Deutschland beteiligte sich an der Einsatztruppe zur Bekämpfung von Menschenhandel im Rahmen des Stabilitätspakts für Südosteuropa und stellte dafür sowie für die Abteilung Menschenhandel des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) finanzielle Mittel bereit.

Originaltext: Trafficking in Persons Report
www.state.gov/g/tip/rls/tiprpt/2004/33192.htm